

# Öffentlich!

Von Thomas Frenzel

Diese Entscheidung war überfällig. 2010 machten sich drei Schülerinnen offenbar als allererste in der großen Kreisstadt Leimen daran, das Schicksal jüdischer Mitbürger aufzuarbeiten, die von der Hitler-Diktatur ermordet wurden. Von einem unmenschlichen System, das seine Opfer erst materiell ausbeutete, dann umbrachte und sich an ihnen selbst nach deren grausamem Tod bereicherte, indem es ausgebrochene Goldzähne verwertete – von einer möglichen Knochenverwertung bei der großdeutschen Seifenherstellung und der Nutzung von Opferhaut für Lampenschirme ganz zu schweigen. Die konsequente Erinnerung an solche Greuel, an das, wozu Menschen in ihren tiefsten Abgründen fähig sind, darf nicht in Abstellkammern versteckt werden. Diese Erinnerung muss in die Öffentlichkeit, sie muss an die Öffentlichkeit. Und selbst wenn es drei Jahre gedauert hat, bis die Standortfrage nun endlich die Kommunalpolitik erreicht hat: Den drei Schülerinnen, die mit unterstützter Beharrlichkeit diesen Prozess anstießen, ist nicht genug zu danken.



Eine Kerze, deren Flamme auch Hoffnung spendet: Im Foyer des Leimener Rathauses, des einstigen Palais von Aron Elias Seligmann, soll das Mahnmal, das an die deportierten Juden der Stadt erinnert, so lange aufgestellt werden, bis ein endgültiger Standort gefunden ist. Fotos: Alex/privat

## Der Stein des Gedenkens kommt zum Rathaus

*Mahnmal erinnert an die aus Leimen deportierten Juden – Gemeinderat sprach sich für einen Standort der Würde aus*

Von Thomas Frenzel

**Leimen.** Die zeitliche Nähe zur 80. Wiederkehr jenes Tages, an dem sich die Reste der Weimarer Demokratie selbst abschafften und Adolf Hitler zur millionenfachen Tod bringenden Diktatur ermächtigt, war gewiss nicht zufällig gewählt: In demonstrativer Einhelligkeit fasste der Gemeinderat den Beschluss, dem Gedenken der ermordeten Juden Leimens einen Platz von Würde zu schaffen. Das Mahnmal an die im Jahre 1940 zunächst ins südfranzösische Gurs und dann nach Auschwitz deportierten Leimener Mitbürger, das von Katharina Belman, Anastasia Gammarmajster und Sabina Kinderknecht konzipiert worden war, wird zunächst im Foyer des historischen Rathauses aufgestellt. Seinen endgültigen Standort soll es später im Bereich des sanierten Rathausplatzes finden.

Die drei jungen Frauen haben mit ihrem Projekt, mit dem sie das Schicksal

der nach Gurs Verschleppten aufarbeiteten, für die Stadt Ehre eingelegt. Dies betonte nicht allein Oberbürgermeister Wolfgang Ernst.

Der aus Ernsts Sicht am besten geeignete Standort für das Mahnmal sei jener Platz, an dem bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die Leimener Synagoge gestanden habe – westlich des Gasthauses „Krone“. Noch zu Kaiserzeiten, als die Zahl der jüdischen Gläubigen auf eine Handvoll geschrumpft war und die Gemeinde sich auflöste, sei das Gotteshaus aus Kostengründen abgerissen worden. Da an dieser Stelle auf absehbare Zeit umfangreiche Sanierungsarbeiten anstehen, empfehle sich als Übergangsortandort das einsehbare Foyer des Rathauses: Als Palais war das heutige Rathaus von dem Juden Aron Elias Seligmann errichtet worden, in einer Blütezeit des Leimener Judentums, dessen Gemeinde im 19. Jahrhundert laut Ernst weit über 100 Gläubige gezählt hatte. Aufgestellt werden soll hier der Gedenkstein am

9. November, dem Jahrestag des nationalsozialistischen Pogroms, bei dem 1938 in Hitler-Deutschland die Synagogen und jüdisches Eigentum brannten.

Der schon lange fertiggestellte Gedenkstein solle endlich einen würdigen Platz finden, sagte Richard Bader (CDU), zumal er ohne Schuldzuweisung gegen jegliche Art von Hass und Verblendung mahne. Als „ausgesprochen richtig“ empfanden Gerhard Scheurich (GALL) und Joachim Buchholz (Linke) die diskutierten Standorte.

Dass – im offenbar nicht-öffentlichen Vorfeld – auch andere Standorte in der Diskussion waren, offenbarte Rudolf Woesch (FW): Auf einem Friedhof habe ein solches Mahnmal nichts zu suchen, sagte er; das Mahnmal müsse zwingend unter den Menschen sein. Dies unterstrich auch Wolfgang Krauth: Das Mahnmal sei kein Grabstein, zwingend sei, das die Menschen darüber stolperten, zumal bei einem Thema, das in Leimen nach wie vor als Tabu begriffen werde.

Den Woesch-Hinweis, wonach ein öffentlicher Standort auf dem freien Rathausplatz allerdings auch Vandalen einladen könnte, griff auch Wolfgang Stern (CDU) auf: Sicherer als frei zugänglich könnte ein endgültiger Standort im gläsernen Foyer des künftigen Verwaltungsgebäudes vis-à-vis des historischen Rathauses sein.

Die Widerrede kam prompt. Bei allem nachdenkenswertem Pragmatismus, so der OB in ungewohnter Emotionalität, dürfe vor diesen immer wieder auftretenden „Schweinehunden“ nicht kapituliert werden. Es gelte Kraft aufzubringen gegen die „rechte braune Flut“ und im öffentlichen Raum ein klares Signal zu setzen. Hier wollte noch nicht einmal der leidenschaftliche OB-Kritiker Buchholz widersprechen, der es für unsäglich erachtete, dass bei der Zerstörung des gleich motivierten Mahnmals in Nußloch von offizieller Seite ein brauner Hintergrund umgehend ausgeschlossen worden war.